

Anlassbezogene Beratung bei Moscheebaukonflikten

Ein Szenario

Ein islamischer Verein plant den Bau einer Moschee. Die Baugenehmigung wird in einem Gebiet beantragt, in dem kaum Muslime leben und sich die wenigen Einwohner mit islamischem Hintergrund überwiegend als „nicht religiös“ definieren.

Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen liegen nicht vor, so die Bestätigung der Verwaltung. Baurechtliche Einwände gegen den Moscheebau als Stätte gemeinschaftlicher Religionsausübung ebenfalls nicht. Die politischen Spitzen der kommunalen Selbstverwaltung und der demokratischen Parteien befürworten das Bauvorhaben als Zeichen geltender Religionsfreiheit.

Unter den Einwohner/innen des betreffenden Viertels trifft diese Haltung jedoch nicht auf ungeteilte Zustimmung, denn einige Bürger/innen fühlen sich von der Bezirkspolitik übergangen. Sie beginnen mit der Recherche zum islamischen Verein und seinem Moscheebauprojekt und stoßen auf Fakten, Interpretationen und Behauptungen, die das vorhandene Misstrauen bestärken. Es folgt die Gründung einer Anwohnerinitiative, die ihre Bedenken auf einer Website und in Flugblättern öffentlich macht. Die kleine Gruppe wirbt gezielt und erfolgreich um Mitglieder und Sympathisanten im Gemeindegemeinderat, in christlich-konservativen Kreisen und unter lokalen Autoritäten. Sie bekommt Zulauf aus der Nachbarschaft und Unterstützung von islamkritischen bis islamfeindlichen Gruppierungen. Auch rechtsextreme Organisationen bieten ihre Hilfe an und beziehen sich in eigenen Kampagnen auf den lokalen Bürgerprotest. In dem bisher eher ruhigen Viertel tauchen jetzt Aktivisten, Aufkleber und Plakate rechtsextremer Parteien und Organisationen auf. Die Antifa mobilisiert mit Flugblättern gegen die „islamophobe Kampagne rassistischer Spießbürger“. Als Antifa-Aufkleber mit der Aufschrift „Nazis raus!“ an den Häusern der Moscheebaukritiker gefunden werden, geht in der Bürgergruppe die Angst vor „der linken Gewalt“ um. Sie organisiert eine erste Demonstration unter dem Motto „Nein zur Moschee – Nein zum Extremismus von links und rechts“.

Wie könnte eine anlassbezogene Intervention aussehen?

Die Selbstverwaltung des Stadtbezirks, z. B. Bezirksbürgermeister/in oder Integrationsbeauftragte/r, wendet sich daraufhin an das Beratungsnetzwerk. Dieses beauftragt das Beratungsteam mit dem Arbeitsschwerpunkt „Umgang mit ethnisierten und konfessionalisierten Konflikten im Gemeinwesen“. Es soll umgehend Kontakt zu den Auftraggebern aufnehmen.

Lageeinschätzung der Berater/innen

In der Regel wird Kontakt aufgenommen mit der politischen Spitze des Bezirks, den Integrationsbeauftragten und lokalen Akteuren, die dem Moscheebauvorhaben eher tolerierend oder indifferent gegenüberstehen. Aber auch mit Moscheebaugegnern, Funktionären und Mandatsträgern der demokratischen Parteien, insbesondere solchen mit einem Wohnsitz im betreffenden Viertel und dem islamischen Verein oder der Gemeinde.

Die Erstgespräche mit den lokalen Akteuren orientieren sich neben der persönlichen Konflikteinschätzung stets an zentralen Anliegen der Anwohner/innen über das

